

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: **Richard B. Wochow.**
Verleger-Comptoir 28 241.
Für die Nachgelagerte: 20 011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich einmaliger Auftragsnahme durch die Post bei täglich zweimaligen Versand monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M.
Die 11. Heftes 17 mal heißt Seite 2 M. Bei Samstagsausgaben, Anzeigen unter
Stellen- u. Wohnungsangeboten, 1. Heftige 10 M., 2. Heftige 20 M., 3. Heftige 30 M.
Zuril. Zuschrift. Beiträge geg. Bezahlung. Einzelpreis 1. Vorabendblatt 20 Pf.

Druckerei und Buchbinderei
Maximilianstraße 33/34 O.
Straß. u. Verlag von Biersch & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schriffsätze werden nicht aufbewahrt.

Annahme verzinslicher Bareinlagen.
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Hinterlegungsstelle von Wertpapieren zwecks Einlösung von Zins- und Gewinnanteilscheinen.
An- und Verkauf fremder Geldsorten.

Dresdner Handelsbank

Aktiengesellschaft

**Post-Allee 9, im „Haus der Kaufmannschaft“, Schlachthofring 7.
Weißhofstraße 50, Hauptmarkthalle, Elisenplatz 3, Kaiserstraße 11.**

Scheckverkehr.
Einziehung und Ankauf von Wechseln.
Kreditverkehr gegen Wertpapiere und Waren.
Vermietung von feuer- und einbruchsicherer Stahlkassenschränke unter Verschluss des Mieters und Mitverschluß der Bank.

Die Sanktionen im englischen Unterhause.

Eine Rede Lord Georges.

London, 10. März. Lord George teilte im Unterhause mit, daß die Geleisvorlage betreffend die vierprozentige Abgabe auf deutsche Einfuhrgüter am Freitag im Unterhause eingebracht werden soll. Es sei sehr wichtig, daß Geleis so bald wie möglich in Kraft treten zu lassen. Lord Robert Cecil erklärte, England sei verpflichtet, seine Unterhause unter den Verfall der Sanktionen zu lassen. Argendwelse Änderungen können nur mit freier und voller Zustimmung aller Unterzeichner des Vertrages erfolgen. Sir Edward Carson sagte, der Premierminister und die Regierung hätten bei allem, was bisher erfolgt sei, das gesamte Unterhause und das ganze Land hinter sich. Es sei wesentlich, auch der deutschen Regierung klar zu machen, Einnes würde, die bisher angebotenen Maßnahmen machten Deutschland unmöglich zu zahlen. Einnes fordere Aufschub darüber, weshalb die Regierung keine Schritte getan habe, um einem von den beiden deutschen Sachverständigen Er sagte, er stimme nicht mit Lord George darin überein, daß der Vorbehalt mit Bezug auf Oberschlesien so unumgänglich gemacht habe, eine vorläufige Regelung in Betracht zu ziehen. Das Geld könne niemals durch militärische Maßnahmen eingetrieben werden. Bei dieser Frage hätte auch Amerika als Schlichter anerkannt werden können.

Lord George

Wies aus, die Rede von Einnes könne nur den praktischen Erfolg haben, daß der Widerstand Deutschlands gestärkt werde. Die aufgeführten Zahlen seien von den abstrakten Finanzfachverständigen nach eingehender Beratung mit den deutschen Sachverständigen (1) ausgearbeitet worden. Es sei wirklich keine übermäßige Forderung, daß Deutschland in den nächsten beiden Jahren 100 Millionen Pfund Sterling plus 12 Prozent seiner Ausfuhr bezahle. Die deutsche Ausfuhr im letzten Jahre, abgesehen davon, was nach Frankreich für Reparationszwecke geleistet wurde, habe 250 Millionen Pfund betragen. Das bedeutet, daß Deutschland 100 Millionen Pfund bezahlen solle. Lord George erklärte mit Bezug auf die Frage, weshalb der zweite deutsche Vorbehalt nicht angenommen worden sei, er sei davon überzeugt gemacht worden, daß Oberschlesien deutsch bleibe. Die Deutschen wären später zurückgekommen und hätten erklärt, es tue ihnen sehr leid, aber ein Vorbehalt in Oberschlesien sei an Polen übergegangen. Wenn sich der Geleisvorlage Deutschlands vermindere, so sehe auch der Ausfuhrbeitrag, den Deutschland zahlen müsse, herab.

Es handelt sich weder um eine englische noch um eine französische Regelung, sondern um eine Regelung der Alliierten. Man könne nicht erklären, es handle sich um eine gerechte Forderung an Deutschland, die erzwungen werden müsse, und zugleich, wenn man auf ihrer Erzwingung bestände, sagen, man bringe Europa in Verwirrung.

Keine neuen Verhandlungen.

Berlin, 11. März. Ueber die Haltung der Reichsregierung zu der neuen militärischen Aktion der Alliierten wird anscheinend offiziell mitgeteilt: Es muß ausgegangen werden von der Festhaltung der Rechtswidrigkeit der Sanktionen. Das deutsche Volk hat nun die Weigerung, sich einem Diktat zu fügen, das seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gänzlich außer Achtläßt, mit einer neuen Vergewaltigung zu bezahlen. Die weitestgehenden Konsequenzen der Folgen für unser Wirtschaftsleben verbunden ist. Doch jetzt gilt es, den Willen, der nach der Bekanntgabe der Pariser Währungsbedingungen zu kraftvollem Ausdruck kam, in die Tat umzusetzen, und das bedeutet, auch härten, sich zu leisten. Wir sind an einem so wichtigen Punkt angelangt; die direkten Verhandlungen mit der Entente sind abgebrochen, die Sanktionen haben begonnen. Es fragt sich: Was soll weiter geschehen? Die Frage stellen, bedeutet, zugleich erkennen, daß Deutschland die Konsequenzen ablehen muß aus der schroffen Ablehnung seiner Angebote. Es sind in der Ententepresse angeblich: Äußerungen von Dr. Simons über die Fortführung der Verhandlungen in der Reparationsfrage erschienen. Es handelt sich bei den französischen Meldungen um freie Erfindung. Die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen neue Verhandlungen mit den Alliierten aufgenommen werden können, steht jetzt nicht zur Debatte. Die Erkenntnis, daß auch noch so raffinierte Strafmaßnahmen keinen Frieden hervorbringen werden, kann nicht ausbleiben. Daher steht auch die Realisierung in diesem Augenblick ihre wichtigste Aufgabe darin, die Solidarität mit der von der militärischen Verfolgung betroffenen Bevölkerung im Mittelstand zu befestigen, und den deutschen Städten, die nun freigelegte Maßnahmen mitten im Frieden über sich ergehen lassen müssen, die Erleichterungen auszufließen lassen, die eine Milderung der harten Kosten einer militärischen Intervention bedeuten können. Im übrigen aber könne, so wird dem „B. Z.“ versichert, zunächst von Vorbereitungen zur etwaigen Fixierung einer neuen Verhandlungsabstimmung keine Rede sein. Eine wichtige Rolle spielt schließlich die Abstimmung in Oberschlesien, von deren Ausfall die ferneren deutschen Entscheidungen maßgebend beeinflusst werden.

Neue Reichssteuern infolge der Befehung

Berlin, 11. März. Nach Mitteilung in der Sitzung des Ausschusses für Auswärtiges wird durch die Errichtung der alliierten Zollzone am Rhein ein Ausfall der Einnahmen von bis zu 25 Prozent entstehen. Die durch neue Reichssteuern zu decken sein werden.

Die Beratungen im Auswärtigen-Ausschuß.

Berlin, 11. März. Ueber die gestern vertraulichen Verhandlungen des Reichstagsausschusses für Auswärtiges Angelegenheiten erzählt der „Folk-Ans.“: Minister Simon hat angegeben, daß er über die von den Sachverständigen ausgetheilten Zugeständnisse hinausgegangen sei. In der Frage der Anleihe sei er optimistischer gewesen als die Sachverständigen. Die Kritik, die besonders von den Abgeordneten Dr. Helfferich (D.P.) und Dr. Stresemann (D.S.) geleistet wurde, war, wie auch von Vertriebsgenossen des Ministers zugegeben wurde, sehr zurückhaltend. Helfferich war überzeugend nach, daß Deutschland gar nicht in der Lage sei, drei Milliarden Mark jährlich zu zahlen, die der Minister angeboten hätte. Schiffer (Dem.) fand warme Worte für Dr. Simons. Es sprachen noch Eymann (N.), Hermann Müller (Soz.) und Ledebour (Unabh.). Allgemein fiel auf, daß auch Hugo Stinnes (D.P.), der bekanntlich bei den Beratungen der Sachverständigen eine hervorragende Rolle gespielt hat, an den Verhandlungen des Ausschusses teilnahm. Zur Rechtfertigung des Ministers wird u. a. der Umstand angeführt, daß er, während er in Süddeutschland weilte, von dem zuständigen Beamten des Auswärtigen Amtes nicht ausreichend unterrichtet worden sei. Darüber beklagte sich besonders ein Teil der Sachverständigen. Sie erklärten, die Verantwortung nur für die Deutschland tragen zu können, nicht aber für die Gegenverhältnisse. In ihren Kreisen meidet man sich heute gegen die Behauptung, daß diese Vorläufige einmütig von ihnen gebilligt seien. Von ihnen wird im Gegenteil erklärt, daß die Gegenverhältnisse von ihnen einmütig mißbilligt worden seien. Von Seiten der Sachverständigen soll neben den beiden bekannten Vorbehalten, die sich auf Oberschlesien und die deutsche Handelsfreiheit beziehen, noch ein dritter Vorbehalt gemacht worden sein, nämlich, daß Deutschland bei Annahme des Provisoriums außer der Zahlung von drei Milliarden Geldmarkt jährlich bis 1926 an die Alliierten keine anderen Leistungen übernehmen dürfe. In Kreisen der Sachverständigen findet man es eigenartig, daß Dr. Simons hiervon in London überhaupt nicht gesprochen hat. Wenigstens geben die vorliegenden Berichte keinerlei Anhaltspunkte dafür, daß das Gegenteil der Fall ist. Auch in diesem Zusammenhang wird übrigens der bereits oben erwähnte Name genannt.

Lord George wünscht einen „Marken Mann“ in Deutschland.

Paris, 11. März. Wille veröffentlicht im „Petit Parisien“ eine Unterredung, die er mit Lord George gehabt hat. Lord George sagte u. a.: Es ist kompliziert in die Lage in Deutschland dadurch, daß die Deutschen noch keinen starken Mann gefunden haben. Dr. Simons ist sehr intelligent und sehr ehrlich, aber nicht stark genug. Deutschland hat nur Techniker oder Grubenbesitzer, wie beispielsweise Hugo Stinnes. Der Mangel an Staatsmännern ist sehr unangenehm. Es wäre besser, mit einem Lande zu tun zu haben, das von einem starken Kopf geleitet wird.

Eine neue Konferenz nach der obereschlesischen Abstimmung?

London, 11. März. Englische Zeitungen besprechen die Möglichkeit einer neuen Konferenz, die nach erfolgter Abstimmung in Oberschlesien vielleicht in London oder in Straßburg am Lago Maggiore stattfinden dürfte. Es verläutet ferner, daß auch eine Konferenz der deutschen und alliierten Sachverständigen baldigt in Brüssel zu erwarten ließe.

Vorläufig keine Rückkehr der Entente-Botschafter nach Berlin.

Einer Trauberricht der „Tressen, Nachrichten“ Berlin, 11. März. Die alliierten Botschafter werden vorläufig nicht nach Berlin zurückkehren. Wie aus der französischen Botschaft uns mitgeteilt wird, soll die Abreise der Botschafter nach Berlin erst erfolgen, wenn die Adresse der deutschen Botschafter nach Paris und London in die Wege geleitet ist.

Postzensur im besetzten Gebiet.

Berlin, 11. März. Die Postinspektoren der Alliierten zensurieren Brief- und Telegrammsendungen zwischen Berlin und den neuerrückten besetzten Gebieten. In Mainz ist eine allgemeine Heberwahrung des Fernverkehrs angeordnet.

Der österreichische Kanzler in Paris.

Paris, 11. März. Der österreichische Bundeskanzler Kautz kam heute morgen um 10 Uhr in Paris an. Er wird nach London weiterfahren, wo er von der Sonderkommission über die Anwendung veränderter Punkte des Vertrages von St. Germain angehört werden soll.

Der österreichische Vertreter in Berlin.

Berlin, 11. März. Dem von der österreichischen Regierung ernannten österreichischen Bevollmächtigten für Berlin, v. Kiedl, ist seitens der deutschen Regierung das Akkreditiv erteilt worden. Seine Ernennung hat hier sehr sympathisch begrüßt. Er gehört keiner bestimmten politischen Partei an und ist einer der besten Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse Österreichs.

Die Beratungen im Auswärtigen-Ausschuß.

Berlin, 11. März. Ueber die gestern vertraulichen Verhandlungen des Reichstagsausschusses für Auswärtiges Angelegenheiten erzählt der „Folk-Ans.“: Minister Simon hat angegeben, daß er über die von den Sachverständigen ausgetheilten Zugeständnisse hinausgegangen sei. In der Frage der Anleihe sei er optimistischer gewesen als die Sachverständigen. Die Kritik, die besonders von den Abgeordneten Dr. Helfferich (D.P.) und Dr. Stresemann (D.S.) geleistet wurde, war, wie auch von Vertriebsgenossen des Ministers zugegeben wurde, sehr zurückhaltend. Helfferich war überzeugend nach, daß Deutschland gar nicht in der Lage sei, drei Milliarden Mark jährlich zu zahlen, die der Minister angeboten hätte. Schiffer (Dem.) fand warme Worte für Dr. Simons. Es sprachen noch Eymann (N.), Hermann Müller (Soz.) und Ledebour (Unabh.). Allgemein fiel auf, daß auch Hugo Stinnes (D.P.), der bekanntlich bei den Beratungen der Sachverständigen eine hervorragende Rolle gespielt hat, an den Verhandlungen des Ausschusses teilnahm. Zur Rechtfertigung des Ministers wird u. a. der Umstand angeführt, daß er, während er in Süddeutschland weilte, von dem zuständigen Beamten des Auswärtigen Amtes nicht ausreichend unterrichtet worden sei. Darüber beklagte sich besonders ein Teil der Sachverständigen. Sie erklärten, die Verantwortung nur für die Deutschland tragen zu können, nicht aber für die Gegenverhältnisse. In ihren Kreisen meidet man sich heute gegen die Behauptung, daß diese Vorläufige einmütig von ihnen gebilligt seien. Von ihnen wird im Gegenteil erklärt, daß die Gegenverhältnisse von ihnen einmütig mißbilligt worden seien. Von Seiten der Sachverständigen soll neben den beiden bekannten Vorbehalten, die sich auf Oberschlesien und die deutsche Handelsfreiheit beziehen, noch ein dritter Vorbehalt gemacht worden sein, nämlich, daß Deutschland bei Annahme des Provisoriums außer der Zahlung von drei Milliarden Geldmarkt jährlich bis 1926 an die Alliierten keine anderen Leistungen übernehmen dürfe. In Kreisen der Sachverständigen findet man es eigenartig, daß Dr. Simons hiervon in London überhaupt nicht gesprochen hat. Wenigstens geben die vorliegenden Berichte keinerlei Anhaltspunkte dafür, daß das Gegenteil der Fall ist. Auch in diesem Zusammenhang wird übrigens der bereits oben erwähnte Name genannt.

Eine Rede Kahr's über London.

München, 11. März. Der bayerische Ministerpräsident Dr. v. Kahr nahm gestern abend in einer Hofbesprechung im großen Saale Münchens das Wort zu dem Thema: „London und die Sanition“. Der Ministerpräsident führte u. a. aus: Wir waren entschlossen, Voten aus unsere Schultern zu nehmen, weil das deutsche Volk und wie nun kein Volk so je getrauen haben. Wir wollten nur eins nicht: Wir wollten uns nicht verurteilen lassen! Wir wollten unser Vaterland vor dem Schicksal Ägyptens, Argentins und Irlands bewahren. Zwei Dinge haben sich geändert, zwei schwerwiegende Dinge. Das eine ist die Wahrheit über die Schuld am Weltkrieg ist auf dem Marne, die Grundlage des sogenannten Friedensvertrages von Versailles warnt. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann das auf der angelegten Basis der alliierten Schuld Deutschlands am strengen in Beziehung angebotene Gedächtnis zusammenkommen wird. Die zweite Tatsache ist die: Das ist seit Versailles verändert, das ist die Eindeutigkeit des deutschen Volkes zum Abbruchverträge von Versailles und zu den Forderungen, die unsere Gegner daraus leiten. Dem ist nicht zu weichen, es geht nicht wieder einmal ein Volk mit einem geschichtlichen Volkswillen, und der Weltwille stimmt ihm entgegen die Ungerechtigkeiten und gegen die Gewalt, die ihm angean wird. Unser Ziel und unser Weg werden durch die Tatsachen klar und unabweislich vorgeschrieben. Wir wollen wieder gewinnen, was wir verloren haben, bis zum letzten Pfennig, aber Recht und Gerechtigkeit auch für uns verlangen. Ungerechten Forderungen müssen wir Widerstand entgegenlegen und unsere nationale Ehre und Würde bewahren.

Der österreichische Vertreter in Berlin.

Berlin, 11. März. Dem von der österreichischen Regierung ernannten österreichischen Bevollmächtigten für Berlin, v. Kiedl, ist seitens der deutschen Regierung das Akkreditiv erteilt worden. Seine Ernennung hat hier sehr sympathisch begrüßt. Er gehört keiner bestimmten politischen Partei an und ist einer der besten Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse Österreichs.

Der österreichische Kanzler in Paris.

Paris, 11. März. Der österreichische Bundeskanzler Kautz kam heute morgen um 10 Uhr in Paris an. Er wird nach London weiterfahren, wo er von der Sonderkommission über die Anwendung veränderter Punkte des Vertrages von St. Germain angehört werden soll.

Postzensur im besetzten Gebiet.

Berlin, 11. März. Die Postinspektoren der Alliierten zensurieren Brief- und Telegrammsendungen zwischen Berlin und den neuerrückten besetzten Gebieten. In Mainz ist eine allgemeine Heberwahrung des Fernverkehrs angeordnet.

Eine neue Konferenz nach der obereschlesischen Abstimmung?

London, 11. März. Englische Zeitungen besprechen die Möglichkeit einer neuen Konferenz, die nach erfolgter Abstimmung in Oberschlesien vielleicht in London oder in Straßburg am Lago Maggiore stattfinden dürfte. Es verläutet ferner, daß auch eine Konferenz der deutschen und alliierten Sachverständigen baldigt in Brüssel zu erwarten ließe.

Vorläufig keine Rückkehr der Entente-Botschafter nach Berlin.

Einer Trauberricht der „Tressen, Nachrichten“ Berlin, 11. März. Die alliierten Botschafter werden vorläufig nicht nach Berlin zurückkehren. Wie aus der französischen Botschaft uns mitgeteilt wird, soll die Abreise der Botschafter nach Berlin erst erfolgen, wenn die Adresse der deutschen Botschafter nach Paris und London in die Wege geleitet ist.

Postzensur im besetzten Gebiet.

Berlin, 11. März. Die Postinspektoren der Alliierten zensurieren Brief- und Telegrammsendungen zwischen Berlin und den neuerrückten besetzten Gebieten. In Mainz ist eine allgemeine Heberwahrung des Fernverkehrs angeordnet.

Der österreichische Kanzler in Paris.

Paris, 11. März. Der österreichische Bundeskanzler Kautz kam heute morgen um 10 Uhr in Paris an. Er wird nach London weiterfahren, wo er von der Sonderkommission über die Anwendung veränderter Punkte des Vertrages von St. Germain angehört werden soll.

Der österreichische Vertreter in Berlin.

Berlin, 11. März. Dem von der österreichischen Regierung ernannten österreichischen Bevollmächtigten für Berlin, v. Kiedl, ist seitens der deutschen Regierung das Akkreditiv erteilt worden. Seine Ernennung hat hier sehr sympathisch begrüßt. Er gehört keiner bestimmten politischen Partei an und ist einer der besten Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse Österreichs.

Die Sanktionen im englischen Unterhause.

London, 10. März. Lord George teilte im Unterhause mit, daß die Geleisvorlage betreffend die vierprozentige Abgabe auf deutsche Einfuhrgüter am Freitag im Unterhause eingebracht werden soll. Es sei sehr wichtig, daß Geleis so bald wie möglich in Kraft treten zu lassen. Lord Robert Cecil erklärte, England sei verpflichtet, seine Unterhause unter den Verfall der Sanktionen zu lassen. Argendwelse Änderungen können nur mit freier und voller Zustimmung aller Unterzeichner des Vertrages erfolgen. Sir Edward Carson sagte, der Premierminister und die Regierung hätten bei allem, was bisher erfolgt sei, das gesamte Unterhause und das ganze Land hinter sich. Es sei wesentlich, auch der deutschen Regierung klar zu machen, Einnes würde, die bisher angebotenen Maßnahmen machten Deutschland unmöglich zu zahlen. Einnes fordere Aufschub darüber, weshalb die Regierung keine Schritte getan habe, um einem von den beiden deutschen Sachverständigen Er sagte, er stimme nicht mit Lord George darin überein, daß der Vorbehalt mit Bezug auf Oberschlesien so unumgänglich gemacht habe, eine vorläufige Regelung in Betracht zu ziehen. Das Geld könne niemals durch militärische Maßnahmen eingetrieben werden. Bei dieser Frage hätte auch Amerika als Schlichter anerkannt werden können.